

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 34/2 (2007)

DOI: 10.11588/fr.2007.2.51694

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Claude Haton enthält sich La Fosse aber fast gänzlich einer Deutung oder Bewertung der Ereignisse. Auch seine Parteinahme für die Guise verbleibt eher implizit als offen bekannt. Seine politische Haltung wird am besten in seinen knappen Kommentaren zu den verschiedenen Friedensedikten der 1570er Jahre deutlich, die wie das Edikt von Beaulieu ausnahmslos als *grandement au prejudice tant du Roy que du royaume* (p. 132) qualifiziert werden. Doch mit der Ablehnung eines Ausgleichs mit der reformierten Seite ist nicht zwingend eine politische Radikalisierung verbunden. So kann La Fosse trotz aller erkennbaren Sympathien für die gemeinsame Sache keineswegs uneingeschränkt (wie in der Edition von 1866 geschehen!) als Ligist gekennzeichnet werden. Selbst nach dem Doppelmord von Blois verbleibt Heinrich III. in La Fosses Diktion König, erst als er selbst dem Attentat vom August 1589 zum Opfer fällt, wird er seiner Königswürde entkleidet und firmiert der ligistischen Terminologie entsprechend nur noch als »Henry de Valois«. Nach der für die Ligue verheerenden Schlacht von Ivry wird der siegreiche Thronprätendent Heinrich von Navarra von La Fosse schon als König angesprochen. Der Autor zeichnet sich demnach weniger wie sein Amtsbruder Jean Boucher durch politischen Radikalismus als vielmehr durch die Sorge um den Bestand der katholischen Konfession aus, die er durch die reformierte Häresie fundamental gefährdet sieht. So notiert er gewissenhaft nicht nur die Wechselfälle der Religionskriege im Reich, sondern auch Namen und Anzahl der für Häresie Hingerichteten. Vor allem in den ersten Jahren lesen sich die Memoiren fast wie ein Exekutionsverzeichnis.

Der Quellenwert der Memoiren liegt weniger in der festgehaltenen Ereignisgeschichte als vielmehr in den Details der Beobachtungen (so notiert er präzise das Aufkommen des Begriffs »huguenot« im Kontext der Verschwörung von Amboise) sowie einigen Nahaufnahmen, in denen La Fosses Rolle als »témoin de la rue, de ses rumeurs et de ses passions« (Herausgeber, p. 11) besonders zum Tragen kommt. Hervorzuheben ist hier insbesondere die Schilderung der Affäre um das sog. Croix de Gâtines im Herbst/Winter 1571, das an der Stelle eines abgerissenen Hauses, das von einem hingerichteten Hugenotten bewohnt worden war, als Zeichen katholischer Selbstbehauptung errichtet worden war. Der Widerstand, der sich in der Bevölkerung gegen die königliche Anordnung zur Beseitigung dieses Kreuzes regte, wird von La Fosse lebendig und detailliert protokolliert. An dieser Stelle wird die explosive Stimmung in der Hauptstadt ebenso wie die komplexen Konfliktlinien zwischen radikalierter katholischer Stadtbevölkerung, verfolgter reformierter Minderheit und auf Vermittlung bedachter königlicher Politik als Vorgeschichte der Bartholomäusnacht plastisch greifbar.

In solchen, gleichwohl wenigen Passagen gewinnen die »Mémoires« durchaus einen gewissen erzählerischen Charakter. Doch ist dem Herausgeber nur zuzustimmen, daß man La Fosse kaum vorwerfen kann, weder das Talent eines L'Estoile geschweige denn das Genie eines Montaigne zu haben.

Jan-Friedrich MISSFELDER, Zürich

Sylvie DAUBRESSE, *Le Parlement de Paris ou la voix de la Raison (1559–1589)*, Genf (Droz) 2005, XV–558 S. (Travaux d'Humanisme et Renaissance, CCCXCVIII), ISBN 2-600-00988-4, CHF 152,00.

Zur Geschichte des Pariser Parlaments, d. h. zu seiner institutionellen Entwicklung, seinen verschiedenen Funktionen, zur Frage der sozialen Herkunft und der Vermögensverhältnisse seiner Mitglieder sowie zu den spannungsreichen Beziehungen zwischen diesem insgesamt für die Hälfte der französischen Monarchie zuständigen obersten Gerichtshof und der Krone während des 17. und 18. Jhs. verfügen wir über eine beachtliche Zahl einschlägiger Untersuchungen. Es sei hier nur an die grundlegenden Arbeiten von François Bluche und an die Studien von Albert N. Hamscher erinnert. Eine auf den Metho-

den moderneren historischer Forschung sowie auf den verfügbaren archivalischen Quellen basierende Studie für die von den Religions- und Bürgerkriegen sowie von der Krise der Monarchie und der Gesellschaft geprägten Jahrzehnte zwischen 1559 und 1589 stellte bisher indessen ein Desiderat der Forschung dar. Mit ihrem grundlegenden und in jeder Hinsicht exzellenten Werk, einer überarbeiteten und gekürzten Fassung ihrer an der renommierten Pariser École des chartes höchst erfolgreich abgeschlossenen *thèse de doctorat* (3216 S.), schließt Sylvie Daubresse nicht nur eine Forschungslücke, sondern sie leistet auch einen hervorragenden Beitrag zur französischen Geschichte der zweiten Hälfte des 16. Jhs. unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des Pariser Parlaments.

Für ihre Untersuchung hat die Autorin die Register des *conseil du Parlement civil* (Serie XI A 1591–1716) systematisch analysiert. Dieser in den Pariser Archives nationales verfügbare Quellenkorpus enthält die im *conseil* des Parlaments beratenen *arrêts judiciaires* und bietet einen höchst aufschlußreichen Einblick in die Diskussionen und Beratungen, die im Zusammenhang mit der »Einregistrierung der Edikte« (*l'enregistrement des édits*) zwischen dieser Körperschaft und der Krone stattgefunden haben. Für jedes einzelne Jahr existieren vier oder fünf Register, deren jedes zwischen dreihundert bis sechshundert Blätter umfaßt. Frau Daubresse hat also für ihren Untersuchungszeitraum von dreißig Jahren rund 125 Register gesichtet. Als weitere Quellen hat sie die *Minutes du conseil*, die *Registres des plaidoiries*, die *Registres des ordonnances*, die *Feuilles d'audience* herangezogen, die sich ebenfalls im Nationalarchiv befinden. Ergänzt wurde dieser zentrale Quellenkorpus durch die für die Bearbeitung des Themas relevanten Quellen, die in der Manuskriptenabteilung der Nationalbibliothek und in der Bibliothèque de l'Institut de France zugänglich sind. Selbstverständlich hat die Autorin auch die verfügbaren gedruckten Quellen sowie die umfangreiche einschlägige Literatur herangezogen.

Das vorliegende Buch ist in drei Teile mit jeweils mehreren Kapiteln gegliedert. In der konzisen Einleitung (S. 5–10) skizziert die Verfasserin den Forschungsstand und die Quellenlage zu ihrem Thema sowie ihr methodisches Vorgehen und ihr zentrales Anliegen. In ihrer als »politikgeschichtliche Studie« (*étude d'histoire politique*) bezeichneten Arbeit möchte sie sowohl die theoretischen Grundlagen und die institutionellen Kader der Macht als auch die Praktiken und Mechanismen im Innern der administrativen Strukturen des Staates untersuchen. Dabei will sie den verschiedenen Dimensionen der Macht, also den institutionellen, symbolischen und interdependenten Elementen Rechnung tragen, die die Beziehungen zwischen dem Souverän und seinem Parlament geprägt haben. Die Autorin greift ganz bewußt die bereits von Denis Richet praktizierten Forschungsansätze auf, der die Geschichte der Institutionen als eine Geschichte betrachtete, die mit dem fluktuierenden Leben und Geschehen in der Gesellschaft und im Staate auf das engsten verwoben ist. Infolgedessen kann man das Agieren und die Entscheidungsprozesse der »Richter« und sonstigen Inhaber von Ämtern (*offices*) am Pariser Parlament nur dann angemessen beurteilen, wenn man sie vor dem Hintergrund ihres sozialen, familiären und professionellen Milieus betrachtet, das die Rahmenbedingungen für die Ausübung ihrer Funktionen im weitesten Sinne bildete. Frau Daubresse hat sich dieses damit angesprochenen Forschungsansatzes meisterhaft bedient.

Im ersten, als »Prolegomena« betitelten Teil (S. 13–66) ihrer umfangreichen Untersuchung vermittelt die Verfasserin dem Leser einen sehr instruktiven Überblick über die institutionellen Grundstrukturen, die Kompetenzen und über den Zuständigkeitsbereich des Pariser Parlaments während des behandelten Zeitraumes. Sie erläutert die Form, die Art und Weise und das Verfahren, mit denen die Anliegen und Entscheidungen der Krone dieser Körperschaft zur *lecture*, *vérification* und *publication* zugeleitet wurden. Neben dem Komplex der Rechtsprechung stellte die *vérification*, d. h. die mehr oder minder intensive und langwierige Prüfung der vom König vorgelegten Verfügungen, Gesetzestexte, Verträge und sonstigen Akte den zentralen Punkt in den Beziehungen zwischen dem Souverän und

dem Parlament dar. Die Verfasserin behandelt unter Rekurs auf höchst aufschlußreiche Beispiele aus ihrem Quellenmaterial die Formen und den Ablauf des »Dialogs« zwischen der Pariser Körperschaft und dem König, das Verfahren bei der »Einregistrierung« der Akte der Krone (*l'enregistrement des actes royaux*), die sog. »Remonstranzen« der Körperschaft sowie die Mittel und Wege, die dem König zur Verfügung standen, um Einwänden und Widerständen des Parlaments zu begegnen und erforderlichenfalls die »Einregistrierung« und damit – sehr vereinfachend gesagt – die Umsetzung und Anwendung der betreffenden Gesetze, Verfügungen und sonstiger königlicher Akte in der tagespolitischen und administrativen Praxis zu erzwingen. Die Autorin erörtert ebenfalls die Rolle, die das Parlament als »Repräsentant« der königlichen Majestät spielte, und geht der vielschichtigen Frage nach, wie sich die Beziehungen zwischen der Körperschaft und dem König aus der Sicht der Mitglieder des Parlaments darstellten.

Zu Recht betont die Autorin, daß das Pariser Parlament faktisch auf vielfältige Weise an der königlichen Autorität partizipierte. Die Körperschaft verstand sich als Hüterin der Gesetze und war stets davon überzeugt, daß es ihre vornehmste Pflicht und Aufgabe sei, den König vor Irrtümern bei seiner Gesetzgebung und bei seinem Regierungshandeln zu bewahren, indem sie ihm mit ihrem Rat (*conseil*), ihrem Schatz an Erfahrungen und einschlägigem Wissen zur Seite stehe. Es war ihr ein stetes Anliegen, den Frieden in der Monarchie durch ihre Rechtsprechung zu gewährleisten. Gleichwohl existiert kein legislativer Akt, der die Rechte und Aufgaben des Pariser Parlaments reglementierte, definierte oder präzise begrenzte.

Im zweiten Teil (S. 71–242) analysiert Frau Daubresse sehr anschaulich die Rolle, die das Pariser Parlament zu Beginn der Glaubensspaltung und in den Jahren der »Religions- und Bürgerkriege« bis zum Ende der 1570er Jahre gespielt hat. Dabei kombiniert sie in methodischer Hinsicht einen thematisch-systematischen Zugriff mit einer chronologisch orientierten Betrachtungsweise.

Die zahlreichen, in diesem zweiten Teil gebotenen neuen Forschungsergebnisse können hier nicht detailliert gewürdigt werden. Als besonders wichtig hervorzuheben ist jedoch die Feststellung der Autorin, daß es eine unzulässige Verkürzung der tatsächlichen Gegebenheiten wäre, würde man in den vielschichtigen und oft auch recht spannungsgeladenen Beziehungen zwischen dem Parlament und der Krone nur eine permanente Rivalität sehen, bei der es weder Konzessionen noch einvernehmliches Agieren oder Kooperation gegeben habe, bei der jeder nur seine eigene Macht, seine spezifischen Interessen und seine eigene Autorität habe verteidigen wollen. Sowohl dem Parlament als auch der Krone war stets bewußt, daß sie letztlich aufeinander angewiesen waren und einander brauchten. Indessen stellte das Problem einer den jeweiligen Gegebenheiten adäquaten Religionspolitik stets einen gravierenden Dissens im Verhältnis zwischen der Körperschaft und der Krone dar. In ihrer großen Mehrheit argumentierten die Mitglieder des Parlaments auf der Basis fundamentaler Prinzipien und Traditionen. Diese waren davon überzeugt, daß durch die Glaubensspaltung und jegliches Entgegenkommen gegenüber der an Boden gewinnenden »Häresie« auch die Einheit der Monarchie, ja deren Existenz selbst auf das höchste gefährdet werde. Die von der Krone zeitweise verfolgte, auf die Herstellung eines friedlichen *modus vivendi* zwischen den Protestanten und den Katholiken zielende Politik, mit der diese auf die jeweiligen, höchst gefährlichen religiösen Auseinandersetzungen zu reagieren entschlossen war, um den religiösen und zivilen Frieden im Lande wiederherzustellen, stieß deshalb auf die Ablehnung des Parlaments. Die Krone mußte bei ihrem praktischen Handeln auf die zumeist sich schnell verändernden politischen und militärischen Gegebenheiten reagieren, während die Körperschaft auf der Basis fundamental rechtlicher Erwägungen und im Blick auf die zu bewahrende religiöse und staatliche Einheit der Monarchie argumentierte. Gleichwohl waren sich beide im Ziel der Bewahrung bzw. der Wiederherstellung der religiösen Einheit, der Einheit der Souveränität und der Monarchie einig. »L'idée

d'unité est le principe que les hauts magistrats ont défendu aveuglément, envers et contre tout: unité de religion, du commandement (notamment par l'indivisibilité de la justice souveraine). À leurs yeux, l'unité est le moyen essentiel de mettre fin aux désordres, sources de division du royaume« (S. 469).

Der dritte Teil der Arbeit (S. 247–463) ist der Behandlung folgender Themen- und Fragenkomplexe gewidmet: der Einstellung des Parlaments gegenüber den Generalständen, gegenüber der neugeschaffenen Konsulargerichtsbarkeit, gegenüber den Auswirkungen der berühmten Ordonnanz von Moulins (1566) und gegenüber dem Kanzler. In diesem dritten Teil werden außerdem behandelt: die Rolle der Körperschaft als »Hüterin« der »Fundamentalgesetze des Königreiches« (*lois du royaume*), deren Verhalten gegenüber der Schaffung neuer käuflicher Ämter (*offices*) durch die Krone, die Bedeutung, die dem Parlament bei der Gewährleistung von Ruhe und Ordnung in Paris zukam, und der vielschichtige Fragenkomplex »Parlament und Finanzen« des Königs. Des Weiteren analysiert die Verfasserin natürlich auch das Verhalten der Körperschaft in jenen Monaten, in denen die sich radikalisierende Ligue de défense de la Sainte Église catholique eine wesentliche Rolle in Frankreich und in Paris (z. B. am sog. Tag der Barrikaden im Mai 1588) spielte.

Aus der Fülle an neuen Erkenntnissen und Ergebnissen, die das vorzügliche Buch enthält und die die Verfasserin in ihrer »Conclusion générale« (S. 465–476) souverän zusammengefaßt hat, seien hier nur einige wenige herausgegriffen. Wie kaum anders zu erwarten, verstand sich die Pariser Körperschaft als Verteidigerin der gallikanischen Freiheiten. Angesichts der sich ausbreitenden Glaubensspaltung trat sie für eine Reform der katholischen Kirche, für eine – wenn auch unter gewisser Aufsicht – Wahl der Bischöfe, womit sie sich gegen das bestehende Konkordat wandte, und für die Verpflichtung der hohen kirchlichen Würdenträger zur Residenz in ihren Diözesen ein. Gegenüber den aus der jeweils aktuellen Notlage des Königs resultierenden finanziellen Maßnahmen der Krone (Veräußerungen von Krongut, Schaffung neuer käuflicher Ämter etc.) vertrat das Parlament die auf lange Sicht grundsätzlich richtige Position, daß bei derartigen Maßnahmen die existentiell wichtigen Fundamente der Monarchie angemessen zu berücksichtigen seien.

Insgesamt gesehen, waren die Beziehungen zwischen Parlament und Krone auch in den behandelten dreißig Jahren der zweiten Hälfte des 16. Jhs. kein »dialogue des sourds« (S. 472). Das Pariser Parlament stellte ein Element der Stabilität in einer Welt dar, in der aus seiner Sicht alles ins Gleiten geraten war und zusammenzuberechnen drohte. »En soutenant avec force que les officiers du roi doivent avoir la même religion, il [le Parlement] montre la voie de stabilité, de l'invariabilité, espérant qu'elle apaisera les angoisses de ceux qui sont convaincus que le malheur des temps vient de la rupture de l'unité chrétienne. Il est aussi un »antre sacré«, un rempart inébranlable contre la vicissitude du temps. Face aux rois et aux hommes, le Parlement se présente comme l'ultime refuge du droit, le garant de l'équilibre et de l'ordre. Mais il serait faux de penser que les juges n'étaient pas troublés par les passions de leur époque [...]« (S. 474f.). Man kann der Autorin nur zustimmen, wenn sie davor warnt, die komplexen Beziehungen zwischen dem Parlament und der Krone während der zweiten Hälfte des 16. Jhs. aus der Perspektive der diesbezüglichen schweren Konflikte gegen Ende des 18. Jhs. zu betrachten und zu beurteilen.

Das vorliegende Buch enthält am Ende einen Quellenanhang (*Pièces justificatives*, S. 477–509), eine umfangreiche Bibliographie (S. 511–539) sowie ein Personen- und Ortsregister (S. 543–554). Es stellt in jeder Hinsicht eine Meisterleistung dar, die in der Zunft der Frühneuzeithistoriker zweifellos große Beachtung verdient.

Klaus MALETTKE, Marburg